

Unsere Forderungen für eine gerechte und friedliche Welt

Der BDKJ macht sich für eine effektive und nachhaltige Friedenspolitik stark! In dem Beschluss der BDKJ- Hauptversammlung 2019 „Frieden ist mehr Wert - Frieden und Sicherheit Weiterentwickeln - Perspektive für alle jungen Menschen schaffen“ fordern wir:

Frieden ist mehr wert!

Die Bundesregierung muss endlich das Versprechen des Koalitionsvertrags einlösen, „zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu nutzen, neben den Verteidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von der Grundlage des 51. Finanzplans angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins zu eins beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (welche 0,7% des Bruttoinlandseinkommens insbesondere für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit veranschlagt, aber nicht erreicht).“ In den zukünftigen Haushaltsplanungen fordern wir darüber hinaus, dass die Ausgaben für die nicht militärischen Bereiche zur Friedensförderung stets höher veranschlagt werden als der Verteidigungsetat - unabhängig von der Höhe dieses Etats. Insbesondere muss die Bundesregierung den zugesagten Verpflichtungen zur Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Hilfsorganisationen wie der UNHCR nachkommen und so vor allem jungen Generationen in Krisenregionen ein menschenwürdiges Leben, Teilhabe und Entwicklung ermöglichen.

Nachhaltige Entwicklungsziele konsequent umsetzen

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sind ein Garant für Frieden, wenn sie konsequent umgesetzt werden. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die SDGs unter Einbezug aller Ministerien und der Zivilgesellschaft zum Leitfaden allen politischen Handelns zu machen.

Militärische Einsätze dürfen nur äußerstes Mittel sein!

Zur Mandatierung militärischer Einsätze deutscher Streitkräfte außerhalb der Bündnisgebiete sowie deren Verlängerung soll zukünftig die Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments notwendig sein. Ziel ist, intensivere Debatten über die jeweiligen Ziele, Ausgestaltungen und Evaluationen dieser Einsätze zu erreichen. Damit soll sichergestellt werden, dass eine umfassende friedensschaffende Perspektive im Rahmen des vernetzten Einsatzes unterschiedlicher Maßnahmen stärker berücksichtigt und der zur nötige politischen Wille und lange Atem in Regierung und Bevölkerung garantiert ist.

Waffenexporte aus der EU an Drittstaaten verbieten!

Exporte von Kriegswaffen und Munition in Drittstaaten sollen nicht mehr genehmigt werden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass dies auch in den anderen Staaten der Europäischen Union debattiert und umgesetzt wird. Dies fordern wir, weil wir nicht aus diesem Grund weitere Schuld an der Verschärfung von Konflikten, gravierenden Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten, organisierter Kriminalität und Kriegen auf uns laden wollen.

Europäischen Sitz im Sicherheitsrat bewirken!

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass sich die Europäische Union als eine neue Macht für nachhaltige Friedenspolitik begreift. Dies muss in noch größerer Geschlossenheit stärker außen- friedens- und sicherheitspolitisch umgesetzt werden. Dazu muss ein ständiger Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat angestrebt werden. Die Vereinten Nationen müssen neue Wege finden, um auf Konflikte auch in Fällen von Uneinigkeit im UN-Sicherheitsrat auf legitime Weise reagieren zu können.

Abrüstung weltweit voranbringen!

Deutschland muss sich auf internationaler Ebene, insbesondere auch durch unser Engagement in den Vereinten Nationen, stärker für weltweite Abrüstung und für schärfere nationale Waffengesetze einsetzen. Wir fordern die Entwicklung neuer Rüstungskontrollverträge, die neben der Abschaffung von Massenvernichtungswaffen (sog. CBRN- Waffen) insbesondere den neuentwickelten Waffensystemen und Formen der Kriegsführung und den Möglichkeiten von Kommunikation und Kontrolle gerecht werden. Wir erwarten uns Impulse zur Schaffung neuer politische Möglichkeiten zur Legitimierung von Entscheidungen zur Beilegung von Konflikten und Entscheidungen zum Schutz von Menschen vor Gewalt, zur Konfliktprevention und -Nachsorge sowie der Bekämpfung von organisierter Kriminalität insbesondere in einem vernetzten Ansatz mit vorrangig nichtmilitärischen Mitteln.

Begegnung für Frieden und Aussöhnung fördern, Jugend und Frauen* stärker beteiligen!

Wir fordern die Koordination von Programmen zu einer nachhaltigen Friedens- und Versöhnungsarbeit in Postkonfliktszenarien, über Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinaus mit Blick für Gerechtigkeits- und Versöhnungsarbeit. Frauen* sind bewusst und aktiv in den Friedensprozessen zu beteiligen; dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Stabilität bei Friedensprozessen. Austauschprogramme für Jugendliche und junge Erwachsene sind finanziell stärker zu fördern, da sie sich als starke Wurzel des Friedens erwiesen haben.

Friedenspädagogik als obligatorischer Bestandteil schulischer Bildung

Gegenüber Kindern und Jugendlichen hat unsere Gesellschaft besondere Verantwortung. Sie sollen im Sinne der Friedenspädagogik von Beginn an lernen, dass es konstruktive und gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung gibt. Außerdem ist eine kritische Auseinandersetzung mit internationalen Kriegen und Konflikten sowie ziviler Konfliktbearbeitung für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Wir erachten daher die Implementierung der Friedenspädagogik als persönliche und politische Bildung als obligatorischen Bestandteil schulischer Bildung für unabdingbar.

Weitere Infos und der gesamte Beschluss unter:

<https://www.bdkj.de/der-bdkj/beschluesse/sicherheitspolitik>